

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 484

Mittwoch, 4. Mail 2011

17. Jahrgang

Man darf sich nicht daran gewöhnen!

Mitte April besuchte die Gründerin und Direktorin der Stiftung Sobrevivientes, Norma Cruz, auf Einladung von Amnesty International die Schweiz. ¡Fijáte! sprach mit ihr über ihre Arbeit und darüber, wie eine Gesellschaft mit einem so hohen Gewaltlevel, speziell auch mit den grausamen Frauenmorden, leben kann.

Frage: Ich merke, wie ich mich in den letzten Jahren daran gewöhnt habe, in den guatemaltekischen Medien über Frauenmorde **zu lesen**. Hat sich die guatemaltekische Gesellschaft auch daran gewöhnt, dass diese Verbrechen **geschehen**?

Norma Cruz: Wenn solche Verbrechen zum alltäglichen Geschehen werden wie in Guatemala, ist es leider normal, dass man sich daran gewöhnt, gleichgültig wird oder sie gar als Bestandteil des Lebens akzeptiert. Das passiert allen Menschen, auf der ganzen Welt. Aber man muss vorsichtig sein: Im Fall von Guatemala hat dieses „sich daran gewöhnen“ dazu geführt, dass wir weltweit eines der Länder mit der höchsten Anzahl gewaltsamer Frauenmorde sind. 600 bis 800 tote Frauen pro Jahr – das ist für uns nichts Aussergewöhnliches mehr, im Gegenteil: sind es einmal 5 oder 10 weniger, sind wir bereits stolz darauf, die Anzahl verringert zu haben. In eine solche Dynamik zu geraten, kann auch Gesellschaften mit sogenannt geringer Gewaltbereitschaft passieren. Gewalt bewegt sich spiralförmig nach oben und wenn man sie erst einmal zulässt, dann gibt es kein Bremsen mehr.

Frage: Du arbeitest schon viele Jahre zum Thema der Frauenmorde. Kannst du Veränderungen feststellen bei den Gründen **weshalb**, oder bei der Art und Weise **wie** Frauen umgebracht werden?

N.C.: Werfen wir einen Blick zurück: 1945, mit der nordamerikanischen Invasion und im Kontext des kalten Krieges, begann in Guatemala eine Aufstandsbekämpfungspolitik, welche die Frau als „Produzentin“ zukünftiger Guerilleros sah, was sie zur Staatsfeindin machte und einem Freibrief gleichkam, sie umzubringen. Während des bewaffneten Konflikts wurden Frauen selektiv umgebracht, weil sie verdächtigt wurden, der revolutionären Bewegung anzugehören oder nicht die herrschende politische oder ideologische Meinung teilten. Sie umzubringen, war Teil der staatlichen Politik. In der Nachkriegszeit demobilisierten sich viele Kämpfer, doch es wurde verpasst, diesen Prozess auch therapeutisch zu begleiten. Es wurden Tausende von Männern ins zivile Leben entlassen, doch man versäumte es, ihre Ideologie und damit ihr Frauenbild „umzuprogrammieren“. Nun kommen also diese Kämpfer, die nichts anderes gelernt haben als zu töten und zu foltern, in ihre Gemeinden und in ihre Familien zurück. Das hat sich bereits drei Jahre nach Friedensschluss drastisch in der Anzahl ermordeten Frauen widerspiegelt. Dazu kommt, dass viele der demobilisierten Soldaten auch im zivilen Leben ihr Auskommen mit dem Morden von Menschen verdienen.

Frage: Aber es ist doch ein Unterschied, ob man jemanden mit einem Schuss niederstreckt oder eine Frau vierteilt und ihre Glieder über die ganze Stadt verteilt!

N.C.: In den letzten Jahren hat sich der „Beruf“ des Auftragskillers etabliert. So brutal es klingen mag, aber „bloss“ erschossen zu werden, ist noch die barmherzigste Art, als Frau umgebracht zu werden. Meist steckt in einem solchen Fall hinter dem Killer der Ehemann der Frau, den es billiger kommt, 200 oder 500 Quetzales zu bezahlen, als das Risiko einzugehen, selber als Mörder angeklagt zu werden. In den Jahren 2000 bis 2005 wurden die meisten Frauen von Auftragskillern und mit einem einzigen Schuss umgebracht. Ab 2005 nahmen dann die Ermordungen durch Stichwaffen zu und ab 2006 gab es pro Jahr jeweils einen Fall, wo eine Frau vierteilt wurde, meistens zu Jahresbeginn. Das sind quasi die Neujahrsrituale der *Mareros*, mit denen sie ihr

Territorium markieren und der Bevölkerung klar durchgeben, wer das Sagen hat. Meistens handelt es sich dabei um Frauen aus der Mara, die entweder zu viel wissen und gefährlich werden könnten, oder um Frauen aus dem Quartier, die sich geweigert haben, sich der Mara anzuschließen. Diese werden dann richtiggehend exekutiert.

Frage: Hat sich auch der Umgang der Behörden mit diesen Verbrechen verändert?

N.C.: Als wir 2005/06 begannen, die Aufklärung der gewaltsamen Frauenmorde zu fordern, merkten wir erst, dass unsere Behörden überhaupt nicht in der Lage waren, die entsprechenden Untersuchungen durchzuführen. Wir befanden uns in der Nachkriegszeit und einer Polizei gegenüber, die nicht dafür ausgebildet war, Verbrechen aufzuklären, sondern vielmehr dafür, sie zu begehen. Sie waren fürs Töten und Foltern und Verschwindenlassen von Leuten ausgebildet. Und da kamen wir und verlangten, dass diese Polizei von heute auf morgen „gut“ sei. Wir verlangten Untersuchungen von einer Staatsanwaltschaft, die erst drei Jahre vor der Unterzeichnung der Friedensabkommen überhaupt geschaffen worden war und deren damaliger Auftrag es war, nur ja nichts zu untersuchen. Und wir verlangten von den Gerichten, dass sie die Täter verurteilten, doch die RichterInnen waren nach dem Kriterium eingesetzt worden, dass sie nur ja nie Menschenrechtsverletzungen verurteilen würden. Als wir also begannen, das Thema Feminizid aufs Tapet zu bringen, standen wir einer Staatsstruktur gegenüber, die überhaupt nicht funktionierte. Das hatte zur Folge, dass die Zahl der Frauenmorde weiterhin zunahm und dass sie straffrei bleiben. Erst 2006 wurden dann erste Untersuchungsequipen geschaffen, die mit Hilfe der kanadischen Polizei lernten, wie überhaupt ein Tatort zu sichern ist. Diese Übergangszeit vom bewaffneten Konflikt zu funktionierenden Staatsstrukturen wurde auch vom Druck der Zivilgesellschaft begleitet, die Transparenz auf allen Ebenen sowie eine Säuberung der Polizei forderte. Wir begannen, selber an den Tatorten zu erscheinen und zu kontrollieren, dass das Beweismaterial sorgfältig sichergestellt wurde. Das hatte zur Folge, dass die 100%ige Straflosigkeit auf 98% reduziert werden konnte. Durchschnittlich werden jährlich etwa 6000 Männer und Frauen umgebracht. Doch es gibt weder personelle noch finanzielle Ressourcen, um diese Fälle zu untersuchen. Immerhin wurde die Anzahl der Ermittlungsbeamten von 20 im Jahr 2006 auf heute 600 erhöht. Heute werden etwa in 20% der Mordfälle Untersuchungen eingeleitet.

Frage: Als das Thema des Feminizids aufkam, war eine der Erklärungen, dass damit die Frauen zurück ins Haus gedrängt werden sollten, dass sie sich zu stark emanzipiert hätten und dass die Frauenbewegung zu dominant geworden sei. Wurde dieses „Ziel“ erreicht?

N.C.: Nein. Auch wenn die politische und soziale Partizipation der Frauen nach wie vor gering ist, glaube ich nicht, dass sich Frauen zurückgezogen haben. Es sind ja auch nicht PolitikerInnen oder VertreterInnen sozialer Bewegungen, die ermordet werden. Die Mehrheit der ermordeten Frauen sind Familienfrauen, Mütter. Ich glaube nicht, dass da irgendetwas rückgängig gemacht werden könnte, was die politische Beteiligung der Frauen betrifft.

Heute werden die Frauen, die Frauenkörper, dazu benutzt, Botschaften zu vermitteln. Es existieren immer noch die alten Machtstrukturen im Land, dazu kommen die Maras, die Narcos und die Menschenhändler, die ihre Netzwerke haben und ihre Machtkämpfe austragen. Die Frauenkörper werden dazu benutzt, den Gegnern (oder dem Staat) eine klare *message* durchzugeben. Letztes Jahr wurden etwa 45 bis 50 Frauen umgebracht, ihre Körper zerstückelt und die Körperteile an verschiedenen Orten der Stadt verteilt. Vor der Staatsanwaltschaft, auf offener Strasse, bei Polizeiwachen. Damit will man den Behörden und der Bevölkerung eine Botschaft vermitteln. Man will die Gesellschaft einschüchtern und terrorisieren, sie zum Schweigen bringen und man will die Institutionen schwächen. So kann das organisierte Verbrechen ungestört schalten und walten.

Frage: In diesen Fällen kann dann aber nicht mehr von häuslicher Gewalt gesprochen werden, von einem Ehemann, der seine Frau loshaben will.

N.C.: Man muss aufpassen mit der Unterscheidung „häusliche Gewalt“ und „nicht-häusliche Gewalt“. Der Begriff des Feminizids wurde von Feministinnen geschaffen, um auf das Thema der gewaltsamen Frauenmorde aufmerksam zu machen. Unsere Behörden haben aber extrem Mühe damit, ein Delikt als Feminizid zu klassifizieren, und das hat dann zur Folge, dass wir zwar spezielle Ermittlungsbeamte für Feminizid und spezialisierte Gerichte für Feminizid haben, aber es werden ihnen keine Fälle überstellt. Dieser Begriff wird, statt ein spezifisches Problem zu bezeichnen, vielmehr dazu genutzt, es zu vertuschen. Wir ziehen es deshalb bei *Sobrevivientes* vor, nicht von Feminizid zu sprechen sondern von gewaltsamen Morden an Frauen. Und wir meinen damit sowohl die Gewalt, die von einem Partner ausgeht, wie diejenige, die vom organisierten Verbrechen begangen wird. In beiden Fällen werden Frauen umgebracht, **weil** sie Frauen sind.

Frage: Was rätst du einer 15- oder 18jährigen Tochter, wie sie sich vor einem solchen Verbrechen schützen kann?

N.C.: In Guatemala gibt es keinen garantiert sicheren Ort für Frauen. Die Gewalt ist überall, und du kannst überall umgebracht werden: zu Hause, in der Schule, in einem öffentlichen Bus. Während des Krieges kamen eine Million Vertriebene aus den ländlichen Regionen in die Stadt. Heute findet eine umgekehrte Bewegung statt: die Leute verlassen die Stadt, weil es hier nicht mehr sicher ist. Bislang „sichere“ Gegenden wie z. B. die Zone 10, die als Ausgangsmeile bekannt ist und wo sich die US-amerikanische Botschaft befindet, gehört heute zu den gefährlicheren Zonen der Hauptstadt.

Wir versuchen, die jungen Frauen dahingehend zu beraten, dass sie sich Zeit lassen, wenn sie eine Beziehung eingehen, dass sie sich genau über den Burschen informieren, mit dem sie in den Ausgang gehen, denn es kann vorkommen, dass ein junger Mann Verbindungen zum organisierten Verbrechen hat, zu einer Mara gehört oder eine Vorgeschichte als Täter hat, und das bringt die Frau bereits in Gefahr. Wenn du dich mit einem Mann einlässt, der einer Mara angehört, hast du noch eine ungefähre Lebenserwartung von einem Jahr.

Frage: Sich genau über eine Person zu informieren, grundsätzlich jeder Person zu misstrauen, das erinnert stark an die Zeit des bewaffneten Konflikts ...

N.C.: Tatsache ist, dass unser soziales Gefüge, das im Krieg zerstört worden war, nie wieder zusammengefügt wurde. Ein Beispiel: In der *Fundación* akzeptieren wir keine Leute, die Freiwilligenarbeit leisten wollen, und bevor wir jemanden fest anstellen, untersuchen wir genau seine oder ihre Herkunft, sein oder ihr Umfeld, ihre Beziehungen, die bisherige berufliche Laufbahn. Damit wollen wir sicherstellen, dass diese Person nicht zu einem Sicherheitsproblem für uns wird. Das ist hart, aber wir wissen, weshalb wir es machen. Vor drei Wochen wurde auf unser Büro in Chiquimulas eine Molotow-Bombe geworfen. Unsere Untersuchungen ergaben, dass eine unserer Psychologinnen eine aussereheliche Beziehung zu einem Mann hatte, der als Gewalttäter gegen Frauen bekannt war und dass der Anschlag von ihm ausgeführt wurde. Wir haben Anzeige gegen ihn erstattet. Ob du willst oder nicht: du musst unglaublich vorsichtig sein, mit wem du dich einlässt. Junge Frauen lassen sich heute so schnell auf etwas ein, und wenn sie dann merken, dass der Typ eine „Vorgeschichte“ hat, dann ist es sehr schwierig, die Beziehung wieder aufzulösen, ohne dass es zu Gewalt kommt. Wir raten den jungen Frauen, in Gruppen auszugehen, sich in der Nacht nur an beleuchteten Orten aufzuhalten, nicht zu einem Fremden ins Auto zu steigen, keine Getränke anzunehmen. Wir haben von Fällen gehört, wo Drogen eingesetzt werden: Jemand drückt dir einen Zettel in die Hand und fragt dich, wo sich die betreffende Adresse befinden. Der Zettel ist mit einer betäubenden Substanz bedeckt, die durch die Poren in den Körper dringen, und wenn du wieder zu dir kommst, bist du vergewaltigt. Im schlimmsten Fall werden danach die Videos dieser Vergewaltigungen ins Internet gestellt. Wir wollen keine Panik verbreiten, aber den Frauen das Bewusstsein schärfen, dass es überall passieren kann, selbst in der Familie oder in der Verwandtschaft. Letztes Jahr begleiteten wir fünf Frauen, die von ihren Söhnen misshandelt worden waren.

Frage: Wie erzieht man denn heute in Guatemala einen Sohn, damit er nicht in diese Machismo-Kultur und Gewaltspirale gerät?

N.C.: Das ist nicht die Verantwortung einer einzelnen Mutter, sondern der ganzen Gesellschaft. Eine wichtige Rolle spielt das Bildungswesen. Gerade weil sie sich emanzipiert haben, verbringen viele Frauen immer weniger Zeit zu Hause, Väter sind oftmals gar nicht vorhanden, und somit wird die Schule zu einem wichtigen Ort nicht nur der Bildung, sondern auch der Erziehung. Auch die Kirchen spielen eine wichtige Rolle. Historisch haben die Kirchen ein Gesellschaftsmodell vertreten, in dem die Frau dem Mann unterstellt ist, und es ist höchste Zeit, dass da ein Perspektivenwechsel stattfindet. Die Kirchen müssten sich klar gegen Gewalt aussprechen und jene ihrer Mitglieder sanktionieren, die sie ausüben. Auch die Dorf- oder Quartiergemeinschaft können eine wichtige Rolle einnehmen, wenn sie sich von Gewalt distanzieren und Gewalttätern mit Bestrafung oder Ausschluss drohen.

Frage: Tönt gut, aber gibt es konkrete Beispiele, wo eine Gemeinschaft erfolgreich solche Strategien umsetzt?

N.C.: Nein. Wir sind noch weit davon entfernt. Das einzige ist, und das ist absurd, dass sich Strukturen aus dem Krieg wieder beleben wie zum Beispiel die Zivilpatrouillen, heute nennen sie sich *comités*, aber vom Konzept her ist es dasselbe. Diese Gruppen kontrollieren während 24 Stunden am Tag eine Gegend mit der Begründung, Gewalttaten verhindern zu wollen. Es sind aber in einigen Fällen genau diese Strukturen, die in die sogenannten sozialen Säuberungen involviert sind und sich die „Freiheit“ herausnehmen, einen vermeintlichen Täter zu lynchen, zusammenschlagen oder aus der Gemeinde zu verjagen.

Veränderungen – das geht lange. Und es ist natürlich im Interesse des organisierten Verbrechens, einen so schwachen Staat zu haben, wie es Guatemala heute ist. Ein Staat, der die Durchsetzung der Gesetze nicht garantieren kann, der das Leben der Frauen nicht schützen kann ...

Frage: Wo siehst du Guatemala in fünf Jahren?

N.C.: Ungeachtet aller internationalen Unterstützung, die wir bekommen, sehe ich Guatemala in fünf Jahren am selben Ort wie heute. Das grosse Problem ist, dass es seitens der politischen Parteien keine seriösen Alternativen gibt. Und das in einem Wahljahr! Die Parteien sind klientelistisch und interessengeleitet. Was wir bräuchten, um die Institutionen zu stärken und wirkungsvoll zu machen, sind mehr Steuereinnahmen, aber es gibt zu viele Leute, die das verhindern wollen. Von dem her glaube ich, dass wir als Land weder in fünf noch in zehn Jahren an einem wirklich anderen Ort stehen.

Freispruch für die UmweltschützerInnen in Las Granadillas

Guatemala Stadt, 14. April. (*Mayra Rodríguez vom Ökumenischen Rat Guatemalas und Homepage der Ökumenischen Initiative Mittelamerika*)

Nachdem der Termin zuvor zweimal verschoben worden war, fand vor der ersten Kammer die Anhörung gegen acht angeklagte UmweltschützerInnen aus den Bergen Las Granadillas, Zacapa statt. Der Richter, Emilio Hernández, sprach diese aus Mangel an Beweisen frei. Zu den sieben Männern und einer Frau gehörten u. a. der Pastor der Lutheranischen Kirche, José Pilar Alvarez Cabrera, der gleichzeitig Mitglied des Ökumenischen Rates in Guatemala ist. Die Anklage warf ihnen illegale Verhaftungen, Bedrohung und Störung der öffentlichen Ordnung im Zusammenhang mit den Ereignissen vom 26. September 2010 im Dorf La Trementina vor.

Was war geschehen?

Eine Gruppe von Landbesitzern (insbesondere der Finca Tachoro), die die Wälder ausbeuten wollten, zerstörte – gemeinsam mit einer Gruppe von Ausländern – einen Schutzposten, den die Gemeinde aufstellen liess, um den Weg zu verengen und so den Abtransport von geschlagenem Holz zu verhindern. Die Eindringlinge wurden von den BewohnerInnen von La Trementina umstellt und aufgefordert, den Posten nicht anzurühren. Sie würden die Finqueros nicht gehen lassen, bis nicht der abgesägte Holzposten wieder stehen würde. Nicht involvierte AnwohnerInnen riefen die *Division zum Schutz der Natur* und die Zivilpolizei (PNC).

Auch Mitarbeitende der örtlichen Menschenrechtsprokurats und des Staatlichen Menschenrechtsbüros waren anwesend.

Die Finqueros der Finca Tachoro sowie ein Pastor einer Evangelikanischen Kirche zeigten schliesslich die acht Mitglieder der *Vereinigung zum Schutz der Granadillas* an. Die Staatsanwaltschaft und beantragte die Eröffnung eines Prozesses gegen die AktivistInnen. Sie präsentierten dem Richter ZeugInnenaussagen und Dokumente der sich ungerecht behandelt gefühlten Finqueros. Ein Angeklagter nach dem anderen wurde angehört und befragt, sowohl von der Staatsanwaltschaft, der Verteidigung der Kläger sowie den eigenen Anwälten. In dem Prozess wurden Dokumente und Beweise zusammengetragen, welche die Wahrhaftigkeit der Anklagepunkte, die gegen die UmweltschützerInnen vorgebracht wurden, entkräfteten. Einige der Angeklagten waren zum Zeitpunkt des Geschehens gar nicht vor Ort, etwa Pastor José Pilar Alvarez, der zwischen dem 23. und 27. September ausser Landes war, um an einem Treffen des Lutherischen Weltbundes teilzunehmen. Rubén de Jesús Aldana war auf einer Gemeindeversammlung an einem zehn Kilometer entfernten Ort. Sergio Menéndez wiederum war in der Hauptstadt des Departments Zacapa.

Die Angeklagte Glenda Antón, war damals im neunten Monat schwanger – sie erschien mit ihrem Baby bei der Anhörung.

Bei seiner Urteilsverkündung sprach der zuständige Richter Klartext: „In diesem Fall einen Strafprozess anzustrengen, ist wirklich abenteuerlich, da die Staatsanwaltschaft den Angeklagten die Teilnahme am Geschehen nicht individuell nachweisen konnte. Es wurde kein Lokaltermin anberaumt, es fehlten ZeugInnenaussagen und es wurden auch nicht die Authentizität der präsentierten Fotos geprüft.“ Er sagte, Mitglied einer Kirche oder einer Umweltschutzorganisation zu sein, sei kein Delikt.

Gegenüber der Presse sagte José Pilar Alvarez Cabrera nach der Urteilsverkündung: „Mit grosser Freude kann ich Sie darüber informieren, dass der Richter, nachdem er alle Beweise und Anklagepunkte bewertet hatte, den Schluss zog, dass wir aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden müssten. Es gebe wirklich keine Anhaltspunkte, die für einen solchen Prozess sprechen würden. Wir sind glücklich, weil die Gerechtigkeit in diesen Fall gesiegt hat und die Wahrheit zurückgekehrt ist. Jene, die uns angeklagt haben, taten dies aufgrund falscher Aussagen.“

Ähnlich äusserte sich Rubén de Jesús Aldana, der Vorsitzende der Vereinigung zum Schutz der Grandillas.

Die Anhörung fand von 10 bis 14.30 Uhr. Die acht Angeklagten wurden begleitet von verschiedenen nationalen und internationalen Menschenrechtsgruppen sowie BewohnerInnen ihrer Gemeinde. Diese hatte sich, bevor sie zur Gerichtsverhandlungen ging, früh am Morgen in Open Air-Theater von Zacapa zu einer ökumenischen Andacht versammelt, die von katholischen wie evangelischen Pastoren geleitet wurden. Dabei sagte der Generalsekretär des Ökumenischen Rates von Guatemala, Vitalino Similox: „Wir glauben, dass die Gesetze, die juristischen Institutionen und die öffentlichen AmtsträgerInnen dem Gemeinwohl und dem friedlichen Zusammenleben dienen müssen und nicht irgendwelchen Partikularinteressen. Wir hoffen, dass die Personen, deren Aufgabe es ist, Recht zu sprechen, dieses in korrekter Weise tun, basierend auf der Wahrheit und

Tatsachen und nicht, um sich gut zu stellen mit einigen Personen. Denn als ChristInnen ist es unser Ansinnen, alle lebenden Dinge zu respektieren und zu schützen, die Erde, die Bäume und das Wasser.“

Die Angeklagten dankten noch einmal für die Begleitung und Solidarität und jenen, die ihren Kampf zum Schutz des Wassers unterstützten, jenen Kampf, der ihnen über viele Jahre Todesdrohungen und Strafandrohung gebracht hat, und der nicht von ihnen, sondern auch von anderen Menschen in vielen Teilen des Landes ausgefochten wird.

Wahlnachrichten I: Wahlauf Ruf in vier Maya-Sprachen

Guatemala Stadt, 10. April. Die Oberste Wahlbehörde (TSE) und das UN-Entwicklungsprogramm PNUD werden Wahlauf rufe in den vier verbreitesten Maya-Sprachen – Quiche, Mam, Cakchikel und Kekchi – in Umlauf bringen. Entsprechende Kampagnen sollen ab Juni im Fernsehen, Radio sowie in Tageszeitungen in Spanisch sowie den vier genannten Sprachen verbreitet werden. Die TSE gibt dafür 26.000 Dollar aus, die PNUD 500.000 Dollar.

Ziel ist es, die Zahl der in Wahllisten eingetragenen BürgerInnen auf 6,8 Millionen zu bringen. Im September werden der oder die PräsidentIn, VizepräsidentIn, 158 Kongressabgeordnete, 20 Abgeordnete des Zentralamerikanischen Parlaments (PARLACEN) und 333 BürgermeisterInnen gewählt. Bis dato hat die TSE 27 politische Parteien zu den Wahlen zugelassen.

Wahlnachrichten II: PAN und seine ehrlichen Kandidaten

Guatemala Stadt, 10. April. Eine der 27 Parteien, die PAN, hat ihre Kandidaten für die Präsidentschaft bzw. Vizepräsidentschaft bekannt gegeben. Die Präsidentschaftskandidatur des Generalsekretärs der Partei, Juan Gutiérrez, seines Zeichens Unternehmer (Xela Enterprises Ltd.), kommt nicht überraschend. Für ihn befindet sich Guatemala am Scheideweg. Dagegen war der nun gewählte Kandidat für die Vizepräsidentschaft, Carlos Zúñiga, ebenfalls Unternehmer, bisher als Präsidentschaftskandidat einer anderen Partei, des Centro de Acción Social, im Gespräch.

Die PAN grenzt sich in ihren Äusserungen von der politischen Rechten ab. So sagte Gutiérrez: „Die Rechte sagt uns, dass sie mit harter Hand die Probleme lösen werde; aber eine einzige Hand, ohne Möglichkeiten, ohne Schulen, ohne Gesundheitsversorgung ist eine leere Hand.“

Zúñiga begründete seine Kandidatur für die PAN damit, dass er überzeugt sei, dass die PAN wirklich eine Chance habe, dieses Land zu verändern. „Juan Gutiérrez ist ein erfolgreicher Unternehmer – ebenso wie ich. Und was dieses Land braucht, sind ehrliche Leute.“

Ob sie sich mit dem bekannten Gewerkschafter und ehemaligen Koordinatoren der UASP, Nery Barrios, als Kongresskandidat für San Marcos einen ehrlichen Mann ins Boot geholt hat, ist allerdings zu bezweifeln.

Barrios wurde am 23. Oktober 2010 wegen Betruges zu drei Jahren Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 50.000 Quetzales verurteilt. Er hatte im Jahre 2007 Geld veruntreut, das für den Ankauf einer Finca für eine Gruppe Campesinos bestimmt war. Mit einem Teil des Geldes zahlte er Schulden, einen anderen gab er an den Mitangeklagten Gewerkschafter Nery Cachupe weiter. Barrios war im Juni 2010 in die Parteiführung der PAN eingetreten.

Schliesslich ist eine weitere bekannte Persönlichkeit PAN-Kandidat für PARLACEN: der ehemalige Präsident des Obersten Gerichtshofes (CSJ) in den neunziger Jahren, Juan José Rodil Peralta. Er war Innenminister unter Vinicio Cerezo, später FRG-Abgeordneter im Zentralamerikanischen Parlament. Sein Sohn war in betrügerische Machenschaften rund um den Flughafen Aurora während der FRG-Regierung verwickelt. Also noch eine 'ehrliche' Person bei der PAN, eine *persona non grata*, wie es Prensa Libre formulierte ...

Híjole, die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

Tschernobyl, Fukushima: die verhandelten Lügen

Die Schaufenster der News-Supermärkte – alle im Besitz einiger weniger Agenturen sind jeden Tag überfüllt mit spektakulären Nachrichten in allen Farben und Tönen. Man kann dort alle Arten von Realitäten finden, bestens angerichtet. Haben wir das Produkt konsumiert, sind wir zufrieden: wir sind informiert, wir haben unsere Kontrolle über die Realität auf den neusten Stand gebracht und können zurück zur Arbeit oder in den Super. Zweifellos werden wir nicht über Dinge informiert, die unser Leben und unseren Planeten entscheidend betreffen. Der Schwall von Stimulierungen sagt nichts über den wahren Grund der Konflikte, über die wirklichen Beweggründe der ProtagonistInnen, über die tatsächlichen Konsequenzen ihrer Aktivitäten. Sie machen uns benommen, aber sie informieren uns nicht.

Das ist nicht zufällig. Die neuen Herrscher des Planeten wollen dominieren, grundsätzlich als die „Guten“, wenn es nicht anders geht, in letzter Instanz aber auch als die „Schlechten“

Als die „Guten“ zu herrschen, heisst, mit dem Einverständnis der Leute zu herrschen, mit einem Einverständnis, das uns glauben macht, wir seien informiert, und das uns das positive Gefühl vermittelt, ihre Dominanz sei richtig. Wenn das nicht klappt, gibt es die Strategie des Schocks, ausgelöst durch menschengemachte oder Naturkatastrophen (an dieser Stelle ein paar Zweifel: Wann ist eine Katastrophe natürlich und wann liegt ihr eine militärische Aktion zugrunde? Wann ist sie „fremdprovoziert“ und wann ist sie „selbstprovoziert“?).

Auch wenn Tokyo Electric Power Co. (TEPCO) im Jahr 2002 wegen Beschönigung von Informationen und 2007 wegen radioaktiver Verschmutzung bestraft worden ist und zehn Tage vor dem Erdbeben in einem Dokument zuhänden der Behörden zugeben musste, Daten bezüglich des Unterhalts der AKWs gefälscht zu haben (Gorka Larrabeiti in rebellion.org vom 28.3.2011), genoss das Unternehmen grosse Akzeptanz in der japanischen Bevölkerung, nicht zuletzt wegen ihrer „grünen“ Werbung, die vorgibt, umweltfreundlich zu sein.

Schon früher ist es der medialen Manipulation gelungen, den begründeten Widerstand der JapanerInnen gegenüber der Atomenergie zu bezwingen. Die hartnäckige Manipulation der Gefühle bekämpfte über Jahrzehnte die kollektive Erinnerung. In den 60er-Jahren setzten die USA Japan unter Druck, damit das Land die ‚sichere‘ und ‚saubere‘ Energie der Zukunft adaptiere: die Nuklearenergie. General Electric und Westinghouse übernahmen es, im ganzen Land eine Reihe von Atomkraftwerken zu bauen. Später trat Japan der Internationalen Energiebehörde (IAEA) bei. Die USA waren daran interessiert, Japan als Konkurrenten auf dem Kohle- und Ölmarkt auszuschalten und auf die Atomenergie umzupolen, die von den USA kontrolliert wurde. 1971 wurde das von General Electric geplante AKW Fukushima ans Netz angeschlossen (Yoichi Shimatsu, in Global Research, übersetzt in rebellion.org vom 21.3.2011). So kam es, dass der Mythos der „guten“ und „sauberen“ Atomenergie Schritt für Schritt von der japanischen Bevölkerung akzeptiert wurde.

Die unbedeutende Frage, die sich alle anonymen KundInnen von Nachrichtenagenturen stellen, ist: Weshalb haben die USA in Sachen Fukushima nicht dringliche Sitzungen des Sicherheitsrats einberufen, so wie sie es sicherlich getan hätten, wäre das AKW in Nordkorea oder im Iran gestanden? Die Antwort ist: Die bedrohlichen Nuklearreaktionen finden in AKWs statt, die nach US-amerikanischen Betriebsanleitungen funktionieren (Yoichi Shimatsu). Doch wir haben das Recht, nachzuhaken: Wer garantiert uns, dass in Fukushima nur ‚saubere‘ Atomenergie produziert wurde und keine militärischen Interessen dahintersteckten? Was berechtigt die Atomlobby dazu, auf einer Nuklearenergie zu insistieren, die keinerlei wirtschaftliche Nachhaltigkeit garantiert und riesige Risiken in sich birgt?

Wenn wir hier dieselbe Logik anwenden, die weltweit Gültigkeit hat – und die mangelnde Transparenz und Glaubwürdigkeit der Informationen dazufügen – dann hat folgendes Argument seine Richtigkeit: die Waffenindustrie generiert den USA und anderen grossen Unternehmen immense Gewinne. Auf der anderen Seite hat, wer die Kontrolle über die Waffen hat, auch die Kontrolle über die Naturressourcen. Die Atomenergie ist also führend in der Waffenindustrie, ergo gibt es genügend Gründe weshalb man befürchten muss, dass diese Technik, unabhängig ob sie zivilen oder militärischen Zwecken dient, zu den bestgehüteten Geheimnissen der Industrie und der Weltmächte gehört.

Diese werden uns aus naheliegenden Gründen niemals über die von ihnen dominierten Medien über die geplante militärische Anwendung der Atomenergie informieren. Aber sie sind dafür gerüstet, sie je nach Konjunktur in einer Konfrontation mit den Schurkenstaaten einzusetzen. Immerhin grenzt Japan an Nordkorea ...

Joseph Stiglitz schrieb in Al Jazeera einen weisen Artikel mit dem Titel „Mit dem Planeten spielen“ (übersetzt in rebellion.org vom 8.4.2011): „Nuklear- und Wirtschaftsexperten versichern uns, dass die neue Technologie praktisch jedes Risiko einer Katastrophe ausschliesse. Die Ereignisse beweisen, dass sie sich geirrt haben: Nicht nur gibt es diese Risiken, sondern ihre Konsequenzen sind dermassen katastrophal, dass sie alle eventuellen Vorteile dieser Industrie in den Schatten stellen. Wirtschaftliche und psychologische Überlegungen helfen uns zu verstehen, weshalb die Bestrebungen bezüglich der Kontrolle dieser Risiken so mangelhaft ist. Wir haben wenig empirische Beweise um diese seltenen Ereignisse zu beurteilen, weshalb es uns schwer fällt, sie zu berechnen. Unter diesen Umständen liegt es nahe, dass unbegründete Illusionen entstehen; der Ansporn, intensiv über Risiken nachzudenken, ist gering. Und wenn es sowieso die ‚andern‘ sind, welche die Kosten unserer Fehler tragen müssen, ist der Hang zur Selbsttäuschung noch grösser. Ein System, das die Verluste sozialisiert und die Gewinne privatisiert ist, dazu verdammt, das Risiko schlecht zu verwalten.“

Der Nobelpreisträger spricht vom „System“ und meint damit nicht nur die Weltmächte und die Unternehmen. Er bezieht sich auch auf die Rolle der Weltgesundheitsorganisation WHO – Teil der Vereinten Nationen! Denn die

WHO schrieb 1956: „Als Experten bestätigen wir, dass die Gesundheit zukünftiger Generationen durch die zunehmende Entwicklung der Atomindustrie gefährdet ist ... Wir glauben auch, dass neuartige Mutationen im menschlichen Organismus schädlich sind für die Menschen selber wie auch für ihre Nachkommen.“ Leider wurde diese klare Sprache schon bald verwässert, und im Mai 1959 (anlässlich des 12. Weltgesundheitsgipfels) einigte man sich darauf, mit der Internationalen Atomenergiebehörde den Umgang mit Sorgen und Ängsten abzusprechen, welche dieser Energie entfachen könnte: „Jedes Mal, wenn eine der beiden Organisationen ein Programm oder eine Aktivität plant, welche ein Thema betrifft, das die andere Organisation fundamental interessieren könnte, wird diese konsultiert, um eine gemeinsame Lösung zu finden“ (zitiert nach Helen Caldicott, ConterPunch, übersetzt von rebellion.org. 14.4.2011). Mit anderen Worten: Die WHO erteilt der IAEA das Recht, über jede Untersuchung und über jeden Bericht über die Nutzung der Atomenergie mitzubestimmen!

Die Lügen und Geheimnisse von Tschernobyl waren kommunistisch. Und die von Fukushima?

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-